

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

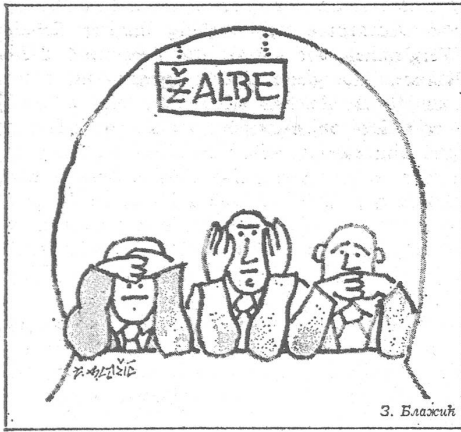
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Beschwerde-Abteilung. («Borba», Belgrad, 16. 12. 1981)

Briefe

Wohlwollen für Jugoslawien

Zur Karikaturenseite in der letzten Nummer

Ihre Auswahl an Karikaturen aus Jugoslawien (ZB, Nr. 1/1982) enthält eine wohlwollende Note, die das Regime in jenem Lande nicht verdient. Es gibt in der Tat keine Fiat-600-Dienstlimousine, aber der Leser könnte meinen, es gebe sie oder es gebe freie Möglichkeit zur Kritik an den richtigen, grossen Limousinen usw.

Besonders herabsetzend ist der Ausdruck «Kantönligeist auf jugoslawisch». Dieser unangebrachte Vergleich stammt nämlich von Ihnen. Es ist natürlich und normal, dass jede Republik in Jugoslawien ihr eigenes Schulprogramm hat. Die Republiken in dem Lande können unmöglich mit den schweizerischen Kantonen verglichen werden, da sie Nationen sind. So z. B. ist Serbien fast zweimal grösser als die Schweiz und als Staat einige Jahrhunderte älter. Ähnlich verhält es sich mit Kroatien. Nun gibt es in Belgrad viele Unitaristen, die alles gleich machen möchten. Anscheinend kommt das ZeitBild ihnen entgegen, druckt ihre Karikaturen ab und verspottet damit die wirklichen Demokraten und Föderalisten in Jugoslawien.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie künftig besser überlegen würden, was Sie von der jugoslawischen Presse übernehmen.

NN (Jugoslawe, zurzeit in der Schweiz)

Zum Fall der Karikatur über das Schulsystem muss ich Ihnen recht geben. Sie liegt (wenn auch nicht sonderlich börsartig) auf der Linie zentralistischer Gleichschaltungsbestrebungen und richtet sich gegen die kulturelle Autonomie in den Teilrepubliken und autonomen Provinzen. Gerade wenn man an die Fälle von Kroatien oder Kosovo denkt, ist das grundsätzlich nicht harmlos zu werten, auch wenn die polizeilichen Massnahmen in Richtung «Unitarismus» schlimmer ausfallen als diese zeichnerische Äusserung. Mit dem Ausdruck «Kantönligeist»

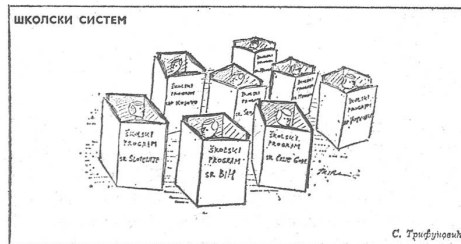
wollten wir über eine helvetische Assoziation die Absicht des Zeichners verdeutlichen. Ihr Brief hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass man daraus Verniedlichung bis Zustimmung lesen kann, und deshalb nehme ich den Ausdruck zurück.



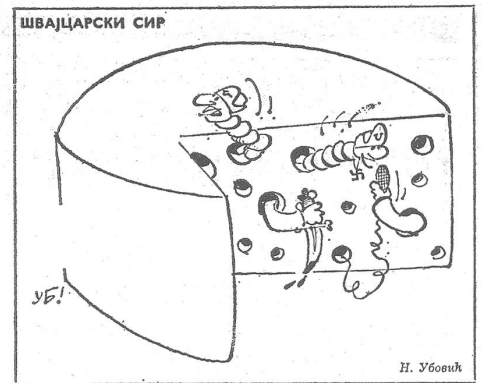
Was die Zusammenstellung der Karikaturen insgesamt angeht, so wollen wir bei dieser Gelegenheit etwas zu unseren sporadischen Karikaturensseiten überhaupt sagen. Sie gehören zu unserer Berichterstattung über kommunistisch regierte Staaten und sind in dieser Hinsicht eine spezielle Art von Quellenmaterial. Karikaturen können zum Beispiel bei innenpolitischer Thematik manche Alltagsprobleme von drüben besser sichtbar machen als Texte, aber man muss sich immer klar darüber sein, dass sie grundsätzlich im Rahmen der offiziell erwünschten Kritik an anerkannten Uebelständen bleiben. Ostblock-Karikaturen sind keine Oppositionswaffen, sondern Bestandteil der Regimepädagogik; zuweilen dienen sie auch als Ventil oder als Alibi. Nun können die genauen Grenzen zwischen systemgerechter und systemwidriger Kritik verwischt sein, und bei Zeichnungen ist das «Grenzgebiet» wohl etwas breiter als bei Texten, aber die Bedingungen der Diktatur bestehen immer.

Wenn wir Karikaturen «aus dem Osten» reproduzieren, könnten wir fast in jedem Fall einen Vorbehalt anbringen zu dem, was sie aussagen dürfen oder nicht. Aber auf unsern Karikaturensseiten wollen wir die Betrachtung möglichst nicht durch Hinweise mit erhobenem Finger beeinträchtigen. Manchmal merken wir etwas an (dann meist zu einem konkreten Sachverhalt), aber sonst besteht auch ungesagt eine «reservatio mentalis». Sie zu verstehen, dürfen wir dem Leser in den allermeisten Fällen zutrauen (was für eine umständliche Belastung wäre es gewesen, wenn wir im angeführten Fall dem leichtkalibrigen Dienstauto noch mit dem schweren Zaunpfahl nachgewirkt hätten...). Und in Einzelfällen kann es auch passieren, dass wir den unausgesprochenen Vorbehalt durch einen vorschnellen Spruch («Kantönligeist») selber verwischen. Das ist auf jeden Fall ein Fehler, aber wir wollen ihn nicht durch den grösseren Fehler «korrigieren», jeder Karikatur von «drüben» durch unser eigenes «ceterum censeo» die Pointe zu verderben.

Mit unsern Karikaturensseiten zeigen wir (meist) Zustandskritik aus östlicher Sicht, die ihrerseits als solche das Interesse des Lesers verdient. Wir widerrufen also unsere leichtsinnige Legende zur Schulsystemkarikatur, und wir rufen wieder die Funktion unserer Karikaturen aus dem Osten in Erinnerung; danke für den doppelten Anlass. cb



Pro memoria die Karikatur, die wir als «Kantönligeist auf jugoslawisch» vorgestellt hatten: «Das Schulsystem» («Borba», Belgrad, 23. 9. 1981). In den Kästen sind die Schulprogramme der einzelnen Teilrepubliken und Autonomen Provinzen.



Schweizer Käse. («Borba», Belgrad, 15. 12. 1981)

Jugoslawien zeigt die Schweiz

Die jugoslawische Presse berichtet recht viel über die Schweiz. Geht es um innenpolitische oder internationale Belange (Neutralitätspolitik, Frage des UNO-Beitritts), meist sachlich bis wohlwollend. Aber Kritik an Jugoslawien wird schlecht vertragen. Man würde sie am liebsten den eigenen Zensurbestimmungen unterwerfen.

Mit Heftigkeit reagiert Jugoslawien auf «feindliche» Berichterstattung im Ausland. Eine Sendung des Tessiner Fernsehens, das am 11. Dezember letzten Jahres bei der Behandlung von Problemen jugoslawischer Gastarbeiter im Westen unter anderm oppositionelle Kroaten hatte zu Wort kommen lassen, erhielt den Anstrich eines zwischenstaatlichen Skandals. Der jugoslawische Botschafter in Bern legte Protest gegen die «antijugoslawische Provokation» ein, und in der Presse kam man gleich mehrmals mit Empörung auf die Angelegenheit zurück. Als die Schweizerische Depeschagentur die inkriminierten Interviews als Ausdruck der freien Meinungsäusserung bezeichnete und auf das Prinzip der Informationsfreiheit hinwies, antwortete die jugoslawische Agentur Tanjug in Belgrad, die Schweizer möchten sich überlegen, was für Folgen solche Methoden für die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Schweiz haben könnten.

Die vier befragten jungen Männer waren vom Rücken aufgenommen worden und blieben in der Sendung («Reporter») anonym, aber die jugoslawische Presse sprach von «bekannten Ustascha-Terroristen». Und wenn man in der Schweiz von Verhaftungen in Kroatien und Kosovo rede, müsse man präzisieren, dass es sich um staatsfeindliche Terroristen handle. Verurteilt wurde auch, dass die klerikalen Ansichten von Emigrantpriestern den Weg in eine öffentliche TV-Sendung finden konnten.

Die Logik der ganzen Kampagne beruht auf zwei Hauptpunkten: 1. Andersdenkende haben gefälligst Ustaschi zu sein. 2. Wer Andersdenkenden Gehör verschafft, unterstützt die Ustaschi.

FACETTEN zum Alltag drüben

Schülerleben

Sowjetschüler: Wenn es schon auf alles nur die eine richtige Antwort gibt, warum fragt ihr uns dann überhaupt?

Die erste Tugend, die von sowjetischen Schülern erwartet wird, ist der Gehorsam. Diese Feststellung, in der «Prawda» (26.10.1981) publiziert, stammt von einem W. Karakowskij, der den Titel eines Verdienten Lehrers der RSFSR (Russische Föderation) trägt.

Dieser Karakowskij hat, wie er sagt, letztes Jahr bei Schulkindern herumgefragt, was sie an ihren Lehrern, an ihren Erziehern überhaupt, mögen und was nicht. Er führt die «charakteristischen Antworten» an, die er in dieser oder jener Form immer wieder erhalten habe.

«Wir würden es schätzen, wenn uns die Erwachsenen nicht immer Dinge vorwerfen würden, für die wir nichts können. Zum Beispiel die Tatsache, dass wir nichts vom Krieg gesehen haben oder dass es uns besser geht als den Leuten in den vierziger Jahren. Wir hätten es gerne, wenn sich die Erwachsenen nicht so viel auf ihre Lebenserfahrung einbilden würden; da ist doch kein Verdienst dabei, sondern bloss Zeit.»

Im weiteren fänden die Schüler, dass die Erwachsenen den Kindern gegenüber «zu rational eingestellt» seien und sie nicht spontan erfassen könnten: «Wir verstehen euch besser als ihr uns; wir merken eher, wie ihr wirklich seid.»

Der Autor führt aus, zwischen Kindern (Jugendlichen) und Erwachsenen tauche ein akutes Verständigungsproblem in bestürzender Weise auf. So, wie die Schulen geführt würden, sei die Erziehung zu einem Einbahn-Verfahren geworden. Wenn dem Kind bloss noch die Rolle eines Objektes für pädagogische Einflussnahme zugestanden werde, seien «alle Bemühungen darauf konzentriert, die Niederhaltung seiner Individualität zu organisieren».

Häufig komme es zu einer tragischen Situation: «Der Lehrer spricht und handelt korrekt. Er ist sicher, einen Charakter aufzubauen, während er ihn in Wirklichkeit zerstört. Der Jugendliche verliert jeglichen Wunsch, selber jemand zu werden, wenn im Prozess seiner Erziehung sämtliche Rechte immer auf der Seite der Erwachsenen liegen. Sollen sie auch für ihn antworten, denkt er. Und dann, nach ein paar Jahren, werfen ihm die gleichen Erwachsenen seinen Infantilismus vor. Aber sie haben nie versucht, die eigenen Kräfte des Schülers zu wecken. Sie fördern bei ihm ausschliesslich jene Qualitäten, die ein konfliktloses Arbeiten mit ihm ermöglichen. Und die erste Stelle unter diesen Tugenden nimmt der Gehorsam ein.»

Indessen fühlt man sich des Gehorsams der jungen Generation nicht so sicher: «Das Misstrauen der Erwachsenen gegenüber den Schülern wächst ständig. Wenn man eine Gruppierung von Jugendlichen ohne Erwachsene sieht, erwartet man schon automatisch Aerger. Gewahrt man in einem Eingang ein paar Burschen, geht man gleich an die Auflösung dieser Zusammenrottung.»

Probleme, die wir im Westen auch kennen, wenn auch nicht auf einem so autoritären Hintergrund. Indessen lassen sich dem Beitrag auch spezifisch sowjetische Facetten zum Schulalltag entnehmen. Dinge, für die wir keine Entsprechung haben. Zum Beispiel das Ritual mit den Arbeitsveteranen. Karakowskij:

«Stellen wir uns ein 17-jähriges ‚Kind‘ vor, das an Aktivitäten der Berufsberatung teilnimmt. Den Mittelpunkt bildet — selbstverständlich — das Treffen mit einem Arbeitsveteranen, einer älteren Person, die sehr geachtet ist und viele Auszeichnungen erhalten hat. Der Schüler sitzt ruhig da und hört aufmerksam zu. Seht ihr ihn als Aussenstehende an, scheint er euch versenkt in den Vortrag. Doch nach langer Erfahrung als Lehrer weiss man es anders: Der Zehntklässler erinnert sich. Er hat das alles schon gehört, in der ersten Klasse, in der fünften, in der achten. Wieviele solcher Treffen hat es nicht schon gegeben! Und nun sagt der Arbeitsveteran den Schülern, sie sollten gut lernen, auf die Lehrer und Eltern hören. Dann seien sie nach Schulabschluss in seinem Arbeitskollektiv willkommen. Hernach hält das geschwätzigste Mädchen der Schule eine tief bewegende Ansprache. Hernach übergibt man dem Gast die Andenken der Schule.»

Des Autors Abrechnung mit dem ausgehöhlten Ritual ist gut genug. Vollständig freilich ist sie nicht. Zum Zeremoniell gehören garantiert auch die obligaten Ausführungen über die sozialistischen Errungenschaften. Das könnte man bei der Phrasenkritik mit erwähnen — aber man kann es nicht.

Und jetzt noch ein paar Einblicke zur wilhelminischen Schülerbehandlung in der sozialistischen Alternativgesellschaft von heute:

«In den Schulen, so scheint es, ändert sich alles mit Ausnahme der Stellung unserer Schüler. Vergleichen wir einmal die Erst- und Zehntklässler: die gleichen Eintragungen ins Pflichtenheft, die gleichen Mitteilungen an die Eltern, der gleiche obligatorische Mittagstisch, das gleiche Obligatorium zum paarweisen Auf- und Abgehen in der Pausenhalle. In einigen Schulen haben sich noch die Zehntklässler nach Unterrichtsschluss in Reih und Glied unter dem Kommando des Lehrers vor der Garderobe aufzustellen, nicht anders als die Erstklässler. Der Schülerstatus bleibt von Klasse zu Klasse praktisch unverändert. Die Verhaltensregeln für die verschiedenen Altersstufen unterscheiden sich eher in der Wortwahl als im Inhalt. Und sie umfassen keinerlei Rechte, sondern immer nur Pflichten.»

Der Autor fügt hier die Warnung an, die Schüler könnten versucht sein, sich die Rechte zu nehmen, die man ihnen nicht geben wolle. Die Parallele zum Staatsbürger zieht er nicht; dazu ist er auch als Lehrer nicht so mündig.

Aber seine Anmerkungen zum sowjetischen Schüleralltag sind interessant genug. Wenn bei uns die Zehntklässler während der Pause in Pausen auf- und abgehen, bedeutet das etwas anderes. Es gibt den kleinen Unterschied. ■

Jeansrubel

Im allgemeinen klagt die Sowjetpresse nicht über die Reglementierung, sondern über die Verwöhnung der Jugend.

Die «Sozialistitscheskaja Industrija» berichtete am 6. Januar dieses Jahres von einer 19-jährigen Studentin aus Kaluga, die eigens nach Moskau reiste, um sich ein Paar echt amerikanische Jeans zu erstehen.

Sie tätigte den Kauf in einer Damentoilette und zahlte 200 Rubel, wobei sie sich übrigens sowjetische Jeans (für 45 Rubel zu haben) andrehen liess, denen man ein amerikanisches Etikett aufgenäht hatte. Die Moskauer Zeitung: «Da besuchen die Leute wahrhaftig Restaurants oder Theater in Jeans, für die sie 200 Rubel zahlen. Kann es einem vernunftbegabten Menschen in den Sinn kommen, das Monatsgehalt eines qualifizierten Ingenieurs für ein Paar Arbeitshosen auszugeben? Aber das wird getan.» ■



In der Sauna: «Nein, meine Jeans ziehe ich nie aus.» («Krokodil», Moskau, Nr. 31/1981)

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise (Inland)
Fr. 39.— jährlich
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
Einzelnummer Fr. 2.—

ZB-Auslandpreise
Fr. 42.—/DM 48.—
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80

Die polnische Kombination von Informationsstopp und Desinformation

★★★

Zur Lagerordnung

Der Kriegszustand in Friedenszeiten, ausgerufen durch Kommunisten, die sich selbst als «Friedenskräfte» zu definieren belieben, ist sogar für den Sozialismus ein Novum.

Wem gilt der Krieg im Kriegszustand? Er wurde ja nicht zur Abwehr einer äusseren Bedrohung erklärt, sondern zum Kampf gegen das eigene Volk, das zum offenen Aufruhr gegen das System gekommen war.

An sich sind Nachrichtensperre, unterbrochene Telefonverbindungen, eingeschränkter Postverkehr und Reisebehinderungen durchaus wirksame Mittel, um den Widerstand zu isolieren und zu brechen. Doch einen Monat nach Verhängung des Ausnahmezustands sah sich die Junta gezwungen, kleine Lockerungen zurückzunehmen und die Zwangsmassnahmen zu verschärfen.

● In Warschau hat man eine striktere polizeiliche Kontrolle über den lokalen Reiseverkehr nach Orten wie Pulawy, Pruszkow usw. eingeführt. Die Partei fürchtet, die Arbeiter der Warschauer Fabriken könnten ihren Widerstand mit den Belegschaften in den umliegenden Industriezentren koordinieren.

● Auf Gewerkschaftsvertreter, die sich der Verhaftung hatten entziehen können, hat man Kopfprämien eingeführt. Für Hinweise, die zur Festnahme der Gesuchten führen, sind Belohnungen in vorbestimmter Höhe ausgesetzt.

★★★

Der stellvertretende Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski spricht von einer Rückkehr in die

Normalität. Er weiss es besser. In Polen ist der Rubikon überschritten. Nach dem Gewaltakt gegen wehrlose Arbeiter (er schloss zahlreiche Morde ein) gibt es keine Rückkehr.

Was es freilich gibt, das ist die Desinformation. Ein angeblicher «Dialog» dient als blosses Show-Objekt für die Öffentlichkeit des Westens, der einen Vorwand zur Normalisierung braucht. Das für Gewerkschaftsfragen zuständige Ministerium spricht von «Verhandlungen mit den Gewerkschaften», aber nicht einmal die Namen der angeblich verhandelnden Gewerkschaftler werden erwähnt. Inzwischen berichten die Zeitungen über die Verurteilung der tatsächlichen Gewerkschaftler zu hohen Gefängnisstrafen wegen «Konterrevolution». Ein Beispiel dafür, was die Straftaten sind und was die Strafen: Das Solidarnosc-Mitglied Henryk Dolczak erhielt sechs Jahre Freiheitsstrafe, weil er nach dem 13. Dezember Flugblätter verteilt hatte. Das ist der «Dialog mit der Arbeiterklasse» nach der sozialistischen Methode.

Die gezielte Desinformationspolitik bei gleichzeitiger Sperre für die wirklichen Nachrichten ist eine überaus wichtige Waffe der Sowjetunion. So ermöglicht sie ihren Agenten und ihren Schützlingen, die Unwahrheit zu verbreiten.

● Jean-Baptiste Doumeng, ein Finanzier der französischen KP, die Kasse und Seele der stalinistischen Elemente in Frankreich, konnte in einer Fernsehsendung hochgemut erklären: «Wenn Walesa wirklich zehn Millionen Polen hinter sich gehabt hätte, wäre General Jaruzelski nicht in der Lage gewesen, innerhalb von zwei Wochen die Ordnung im Lande wiederherzustellen.» (Jean-Baptiste Doumeng ist Präsident und Generaldirektor des Konzerns Interagra, einer Firma, die auf Osthandel spezialisiert ist und die KPF finanziert.) Eine solche Behauptung wäre nicht einmal im Westen möglich, wenn es nicht in Polen die von der Junta verhängte Nachrichtensperre gäbe.

● Die polnische Parteipresse hat unter anderm die Erklärung des Posener Gewerkschaftsaktivisten Zdzislaw Rozwalak veröffentlicht, der sich von den «Extremisten in der Solidarnosc» distanzierte. Nach seiner Entlassung aus der Haft machte Rozwalak nunmehr vor ausländischen Journalisten eine Aussage. Seine vorherige Erklärung sei auf Druck und Erpressung durch die Geheimpolizei zurückzuführen gewesen. Er widerrief die veröffentlichte Distanzierung. Und wurde unmittelbar danach verhaftet. Und im Westen gibt es aufrechte Leute, die es als unbillig empfinden, wenn man den Informationen des offiziellen Polens von vornherein die Glaubwürdigkeit abspreche.

Heute ist es bekannt, dass der Staatsstreich vom 13. Dezember langfristig vorbereitet worden war. Und es gibt überhaupt keinen Anlass zur Annahme, dass die Moskauer Zentrale beabsichtigte, die Sache anders als plangemäss zu Ende zu führen.

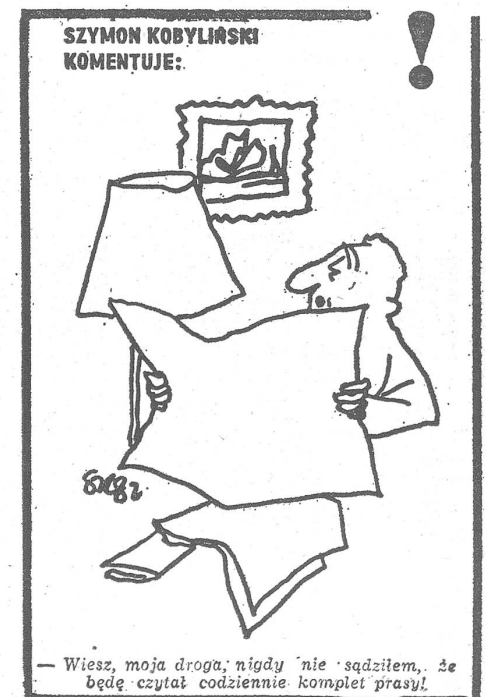
Die Marschroute der Machthaber ist auf jeden Fall abgesteckt.

Der Apparat hat zunächst eine grossangelegte Säuberungsaktion begonnen, um die Reihen seiner eigenen Gefolgschaft wieder in den Griff zu bekommen. Eine verkleinerte, aber um so besser kontrollierte Parteimitgliedschaft soll den späteren Zivilisierungsprozess mit militärischer Disziplin abstützen.

Dann steht die Beseitigung des «Revisionismus» der Gierek-Aera auf dem Programm; man wird den Aufbau des Sozialismus wieder «auf den festen Grundlagen des Marxismus-Leninismus» vornehmen, was übrigens eine billige Prophezeiung ist, weil das zum angekündigten Vorhaben gehört.

Mit jeder Sicherheit steht indessen fest, dass zum Marxismus-Leninismus keinerlei Gewerkschaft von irgendwelchem Echtheitsgrad gehört. Zur Unterwerfung der Arbeiterschaft bedarf es der Vernichtung von Solidarnosc; dann wird man eine «Gewerkschaft» aufbauen können, die als williges Werkzeug der Parteiführung dient.

Nach dieser Normalisierung wird man schliesslich an die Behandlung von Kirche und Bauerntum gehen können. Und dann wird die «volle Integration Polens im sozialistischen Lager» erreicht sein. Der angeblich beabsichtigte «Dialog» darf keinen andern Abschluss haben. *ddm*



Zur unterbundenen Tätigkeit der meisten polnischen Zeitungen brachte «Kurier Polski» vom 15. Januar 1982 diese Karikatur, welche die Zensur offenbar zu passieren vermochte:

«Weisst du, Schatz, das hätte ich mir eigentlich nie vorgestellt, dass ich jeden Tag die gesamte Presse des Landes lesen würde!»

Die Normen vom Kriegszustand

- 87 Straftatbestände sind durch Standgerichtsverfahren zu erledigen.
- Teilnahme an einer illegalen Vereinigung oder Aufruf zum Ungehorsam können mit dem Tode bestraft werden.
- Spezialoffiziere sind beauftragt, den Lehrern bei der vaterländischen Erziehung behilflich zu sein.
- Militärkommissare können in den Betrieben den 12-Stunden-Tag und die 7-Tag-Woche verfügen.

Was bedeutet in Polen der Kriegszustand in seiner ganzen Amtlichkeit? Darüber werden wir eine Untersuchung von Prof. Laszlo Revesz veröffentlichen. **In der nächsten Nummer.**